

Senatsbeschlüsse

über die 179. Sitzung des Senats

am 02.10.2018,

4398.) Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom
25. bis 27.09.2018
(Vorlage)

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 25. bis 27. September 2018 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 25. September 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den
Präsidenten des Senats vom 26. September 2018)

Nr. 19/541 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. 11. Ortsgesetz über die Festlegung eines bebauten Bereiches im Außenbereich als im Zusammenhang bebauter Ortsteil „Entwicklungssatzung 1204“ nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen
 - An der kleinen Geest
 - Vor den Ahnewelgen
 - Landschaftsschutzgebiet
 - Siedlungsrand der Bebauung an der Grambker Heerstraße

Mitteilung des Senats vom 22. Mai 2018

(Drucksache [19/783 S](#))

2. Digital geht auch sozial – Freies WLAN für den Stadtteil Gröpelingen

Große Anfrage der Fraktion der SPD

vom 21. August 2018

(Drucksache [19/832 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/542 S

**Windenergieanlage (WEA) Bultensee verhindern –
Voraussetzungen für Ablehnung unverhältnismäßiger WEA-
Standortentscheidungen schaffen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/710 S](#))
Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/543 S

**Windenergieanlage (WEA) Bultensee verhindern –
Voraussetzungen für Ablehnung unverhältnismäßiger WEA-
Standortentscheidungen schaffen**

Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 15. August 2018
(Drucksache [19/829 S](#))
Der Bericht ist erledigt durch den zurückgezogenen Antrag mit der
Drucksachen-Nr. 19/710 S.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/544 S

Fragestunde

1. Zustand der Feuerwache Bremen-Osterholz
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Detlef Scharf,
Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 28. August 2018
2. Bremisches Erinnerungskonzept Kolonialismus
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Henrike Müller, Dr.
Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.
August 2018
3. Verkehrssicherheit erhöhen – Maßnahmen gegen Autoposer
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. August 2018

4. Barrierefreiheit auf Gehwegen in Baustellenbereichen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhler, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 31. August 2018
5. Skateranlage im Postamt vor dem Aus
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 5. September 2018
6. Gewalt in Krankenhäusern
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 5. September 2018
Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
7. Widersprüchliche Aussagen hinsichtlich des Neubaus der Sporthalle für die Oberschule im Park
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 11. September 2018
8. Juniorwahlen 2019
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. September 2018
Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/545 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/546 S

Verkehrsinfrastruktur stärken! – Neue Brücken braucht das Land

Antrag der Fraktion der FDP
vom 15. August 2018
(Drucksache [19/830 S](#))
Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/547 S

Job-Ticket ausweiten – Gewerbegebiete besser anbinden: Den Umstieg auf Bus und Bahn für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiver machen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. August 2018
(Drucksache [19/833 S](#))

Dazu

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 18. September 2018**

(Drucksache [19/842 S](#))
Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.
Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag wie folgt zu:
Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. einen Bericht vorzulegen, wie und in welchem Umfang die Anbindung der peripheren Gewerbegebiete „Hansalinie“, „GVZ“, „BIP“ und „Bremer Kreuz“ an den ÖPNV so verbessert werden kann, dass für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein echter Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV entsteht. Insbesondere ist darzustellen, welche Kosten für die Kommune entstehen, wenn die Beförderungsleistungen über die bisher im Öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDLA) und in dem Kontrakt mit der BSAG vereinbarten Leistungsverpflichtungen hinaus ausgeweitet werden. Zur Detailplanung von bedarfsgerechten Angeboten sollen danach bei den Beschäftigten und Unternehmen Erhebungen und Befragungen durchgeführt werden. Im geplanten stadtreionalen Verkehrskonzept soll die verkehrliche Anbindung von Gewerbegebieten einen planerischen Schwerpunkt bilden;
2. mit der BSAG in Gespräche darüber einzutreten, wie die bisher bestehende Beschränkung der Ausgabe von „Jobtickets“ auf einen oder maximal drei kooperierende Arbeitgeber mit mindestens 50 teilnehmenden Beschäftigten so verändert

werden kann, dass zumindest die Begrenzung von Arbeitgeber-Kooperationen entfällt und darüber hinaus gegebenenfalls die Mindestteilnehmerzahl gesenkt werden kann. Die finanziellen Auswirkungen sind darzustellen;

3. in diesen Gesprächen auch zu erörtern, ob und wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch durch andere Großkundenmodelle jenseits des direkten Arbeitgebers, wie beispielsweise durch eine entsprechende Abwicklung über Kammern oder Gewerkschaften, in den Genuss der mengenrabattierten Tickets kommen können und ob dadurch möglicherweise eine Preissenkung für das Jobticket zu realisieren ist;
4. über die Ergebnisse der Gespräche zu 2. und 3. zeitnah, spätestens jedoch zum 31. März 2019 in der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft zu berichten und hierzu ergänzend einen Zwischenbericht zu 1. vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/548 S

Forderung der Bremer Armutskonferenz umsetzen – Gesundheitstreffpunkt West und Frauengesundheit Tenever endlich finanziell absichern!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 11. September 2018
(Drucksache [19/838 S](#))
Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/549 S

Entwicklung des Baumbestandes und Bewirtschaftung durch den Umweltbetrieb

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 11. April 2018
(Drucksache [19/760 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 12. Juni 2018
(Drucksache [19/800 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/550 S

Grün erhalten – Baumschutz stärken!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 14. Mai 2018

(Drucksache [19/772 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. ein Konzept zu entwickeln, das Innenentwicklung und Schutz des Baumbestandes in Einklang bringen soll mit dem Ziel, alten Baumbestand möglichst zu erhalten oder Bäume standortnah nachzupflanzen.
2. darauf hinzuwirken, nur standortgerechte, insektenfreundliche und robuste, an die urbanen Herausforderungen angepasste Bäume auf öffentlichen Flächen und als Straßenbegleitgrün nachzupflanzen.
3. darauf hinzuwirken, dass private Bauträger bei Neubauten prioritär standortgerechte, insektenfreundliche und robuste Bäume anpflanzen.
4. die bestehenden Schutzregelungen und technischen Regelwerke (zum Beispiel DIN 18920, RAS-LP 4, FLL-Baumkontrollrichtlinie, ZTV-Baumpflege) für Bäume auf mögliche Schwachstellen zu überprüfen.
5. den Schutzzumfang eines Baumes vom Stamm- zum Baumkronenumfang zu erweitern mit dem Ziel, den Baumscheibenbereich im Verlauf von Bauarbeiten besser zu schützen.
6. sich um einen wirksamen Schutz der Bäume, zum Beispiel durch Poller, vor Fahrzeugen zu bemühen.
7. die Verursacher von Baumschäden im Zuge von Bauarbeiten stärker zur Verantwortung zu ziehen. Die Kontrollen von Baumaßnahmen im öffentlichen Raum dürfen nicht nur stichprobenartig sein und müssen verstärkt werden.
8. gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen, eine Baufirma, welche mehrfach gegen die Baumschutzregelungen verstößt, nach einem zu erarbeitenden Kriterienkatalog von öffentlichen Aufträgen auszuschließen.
9. zu prüfen, wie die Rolle von Baumgutachtern gestärkt werden kann.

10. Bäume in öffentlichen Parkanlagen vermehrt als Naturdenkmäler auszuweisen (auf Grundlage § 19 Bremisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege).
11. Baumfällungen durch standortnahe Neupflanzungen zu kompensieren.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/551 S

Verkehrssicherheit durch sicheres Parken erhöhen, Stadtteile von Parkdruck entlasten!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 16. April 2018
(Drucksache [19/761 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. im Einvernehmen mit den Beiräten Kontrollschwerpunkte in den Stadtteilen zu definieren.
2. in Abstimmung mit den Beiräten das wirksame Freihalten von sicherheitsrelevanten Straßenbereichen, insbesondere Kreuzungen und Einmündungen durch Markierungen, Bepflanzungen (Bodendecker) oder andere bauliche Maßnahmen zu einem weiteren Schwerpunkt des integrierten Konzeptes Verkehrssicherheit zu machen.
3. für die im Einvernehmen mit den Beiräten beschlossenen Kontrollzonen zu prüfen, ob zusätzlich sogenanntes Refi-Personal zur Kontrolle zur Verfügung gestellt werden kann.
4. das Parken im Bereich von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Alteneinrichtungen, Kreuzungsbereichen, Haltestellen und Fußgängerüberwegen, durch sich aus Verwarnungsgeldern refinanzierenden Stellen des kommunalen Ordnungsdienstes stärker zu kontrollieren und temporäre Halteverbote im Bereich von Schulen zum täglichen Schulbeginn und -ende einzuführen.
5. die Erarbeitung und Umsetzung von Parkkonzepten auf Stadtteilebene wie in Schwachhausen, die sich aus den vorhandenen Stadtteilbudgets finanzieren sollen, und die gegebenenfalls lokal erforderliche Schaffung zusätzlicher Parkflächen, unter anderem durch Shared-Parking-Konzepte, zu prüfen.

6. Carsharing mit Mobilpunkten und Mobilpünktchen in Abstimmung mit den Beiräten weiter auszubauen, um den Parkdruck zu verringern.
7. zu überprüfen, ob die Möglichkeit zur Ablöse von Parkplätzen bei Neubauvorhaben in allen innerstädtischen Ortsteilen noch zeit- und sachgerecht ist.
8. zu prüfen, ob und wie die Kontrollfrequenz und Beseitigung hinsichtlich hindernd oder gefährdend auf dem Gehweg abgestellter Fahrräder verbessert werden kann.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend) und an den Senator für Inneres zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/552 S

Finanzierungssystem der Kindertagesbetreuung endlich weiterentwickeln – Entgeltfinanzierung einführen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/725 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/553 S

Finanzierungssystem der Kindertagesbetreuung endlich weiterentwickeln – Entgeltfinanzierung einführen

Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung
vom 19. April 2018
(Drucksache [19/764 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/554 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 31

vom 14. September 2018

(Drucksache [19/846 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen S 19/324 und S 19/335 wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/555 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Unterstützungsangebote für Geflüchtete in Wohnquartieren durch Personalverlegung ausweiten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 26. April 2018
(Drucksache [19/769 S](#))
2. Musikschule Bremen und Bremer Volkshochschule zusammenführen
Antrag der Fraktion der FDP vom 13. Juni 2018
(Neufassung der Drucksache 19/780 S vom 17. Mai 2018)
(Drucksache 19/801 S)
3. Frauenhäuser und Beratungsstellen für Frauen und Kinder mit (sexualisierten) Gewalterfahrungen nachhaltig absichern!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Mai 2018
(Drucksache 19/781 S)
Dazu
Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 19. Juni 2018
(Drucksache 19/805 S)
4. Mit dem Rad zur Arbeit fahren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 5. Juni 2018
(Drucksache 19/790 S)
5. Entwicklung des Theaters Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. Mai 2018
(Drucksache 19/786 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 7. August 2018
(Drucksache 19/824 S)

6. Zusätzliche Hortgruppen zum Schuljahr 2019/2020 einrichten

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 13. August 2018
(Drucksache 19/825 S)

7. Badespaß für alle – Teilhabe durch faire Eintrittspreise!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. September 2018
(Drucksache 19/843 S)

8. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Mitteilung des Senats vom 14. August 2018
(Drucksache 19/827 S)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 24. September 2018
(Drucksache 19/848 S)

9. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

10. Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte
vom 21. September 2018
(Drucksache 19/847 S)

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 26. September 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den
Präsidenten des Senats am 27. September 2018)

Nr. 19/1096

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Mehr Altenpflegekräfte braucht das Land – für ein
Sofortprogramm

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 11. April 2018
(Drucksache [19/1616](#))

2. Innovationsstrategie für Bremen und Bremerhaven stärker mit der Fachkräftestrategie verbinden
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP
vom 29. Mai 2018
(Neufassung der Drucksache 19/1619 vom 11. April 2018)
(Drucksache 19/1692)
3. Versorgungs- und Rechtssicherheit für Medizinalhanf-Patienteninnen und Medizinalhanf-Patienten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. April 2018
(Drucksache 19/1628)
4. Die bestehenden Notfallambulanzen durch Portalpraxen entlasten!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Mai 2018
(Drucksache 19/1658)
5. Ambulante Notfallversorgung dauerhaft verbessern
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2018
(Drucksache 19/1730)
6. Wie hoch ist der Investitionsstau in den Kliniken des Landes Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 15. Mai 2018
(Drucksache 19/1659)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018
(Drucksache 19/1756)
7. Hochschulübergreifende Kooperationen. Hemmnisse, Grenzen und Potenziale erkennen.
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Mai 2018
(Drucksache 19/1679)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 14. August 2018
(Drucksache 19/1769)
8. Beschäftigungssituation der studentischen Hilfskräfte
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 29. Mai 2018
(Drucksache 19/1680)
Dazu

Mitteilung des Senats vom 21. August 2018
(Drucksache 19/1782)

9. Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor unterhalb der Armutsschwelle

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 17. August 2018
(Drucksache 19/1773)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 25. September 2018
(Drucksache 19/1842)

10. Museen sind unser kollektives Gedächtnis – wie ermöglichen wir einen Zugang für alle?

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 21. August 2018
(Drucksache 19/1787)

11. Antisemitismus im Land Bremen entschlossen bekämpfen

Mitteilung des Senats vom 4. September 2018
(Drucksache 19/1808)

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1097

Genehmigungsverfahren verkürzen – Musterbauordnung als Vorbild nehmen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1102](#))

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1098

Genehmigungsverfahren verkürzen – Musterbauordnung als Vorbild nehmen

Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 3. September 2018
(Drucksache [19/1806](#))

Der Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft ist durch die Rücknahme der Drucksache [19/1102](#) erledigt.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1099

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt, Claudia Bernhard und Fraktion DIE LINKE:

„Schließung der Wohngeldstelle in Bremerhaven, anhaltende Überlastung in Bremen – Eine Katastrophe mit Ansage“;

2. auf Antrag der Abgeordneten Turhal Özdal, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:

"Bremer Justiz überlastet - Rechtsstaatlichkeit in Gefahr?"

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1100

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 25. September 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Auswirkungen des Brexit auf die bremische Fischindustrie begrenzen – Fanggebiete für die Hochseefischerei erhalten

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP

vom 18. September 2018

(Neufassung der Drucksache [19/1788](#) vom 22. August 2018)

(Drucksache [19/1830](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. während der Verhandlungsphase den ständigen Austausch mit der Fischwirtschaft, dem Verband der Deutschen Kutter- und Küstenfischer e. V. und dem Deutschen Hochseefischerei-Verband e. V. zu suchen und sie über die laufenden Entwicklungen zu informieren;

2. auf Bundes- und europäischer Ebene dafür zu werben, dass dem Thema Fischerei in den Verhandlungen eine hohe Priorität eingeräumt wird, und sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass bisherige Zugangsrechte der deutschen Fischerei zu Gewässern des Vereinigten Königreiches nicht eingeschränkt werden;
3. sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Europäische Union Norwegen alternative Fangquoten zum Tausch anbietet, damit der deutschen Hochseefischerei in norwegischen Hoheitsgewässern weiter insbesondere Seelachs- und Kabeljaufang möglich ist;
4. dafür Sorge zu tragen, dass für die deutsche Hochseefischerei auch nach dem Brexit Fanggebiete um Grönland zugänglich sind;
5. auf Bundes- und europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass bei der Verteilung der Fangquoten das bewährte Prinzip der relativen Stabilität beibehalten und traditionelle Fangplätze für die deutsche und somit bremische Hochseefischerei erhalten bleiben;
6. auf Bundes- und europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass die bestehenden Vereinbarungen bezüglich Zugang, Quotenverteilung und Möglichkeiten zum Quotentausch zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich langfristig erhalten bleiben, um auch weiterhin die Fischerei zu ermöglichen;
7. sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür stark zu machen, dass die nachhaltige Bewirtschaftung der Bestände in britischen Gewässern auch künftig auf Grundlage der Fangempfehlungen des Internationalen Rates für Meeresforschung vorgenommen wird;
8. auf Bundes- und europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass klargestellt ist, dass alle in EU-Gewässern geltenden Bestimmungen hinsichtlich Fangtechniken, Anlandung von Beifang etc. auch dann von EU-Fangschiffen einzuhalten sind, wenn sie in der britischen AWZ fischen;
9. sich auf Bundes- und europäischer Ebene für einen Auffangplan einzusetzen, wie im Falle eines harten Brexit negative Folgen für die deutsche Hochseefischerei und die bremische Fischindustrie kompensiert werden können.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend) und an die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit zur weiteren Veranlassung.

2. Arbeitsbedingungen für die Heilmittelerbringer verbessern –
Wichtige Gesundheitsberufe stärken!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. August 2018
(Drucksache 19/1796)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Stellungnahme des Senats zum 40. Jahresbericht der
Landesbeauftragten für Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 28. August 2018
(Drucksache 19/1801)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Stellungnahme des Senats zum 12. Jahresbericht der
Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

Mitteilung des Senats vom 28. August 2018
(Drucksache 19/1802)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und
Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2017

Bericht des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
vom 7. Mai 2018
(Drucksache 19/1650)

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt gemäß § 101
Landeshaushaltsordnung dem Rechnungshof der Freien

Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2017 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2017

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses vom 4. September 2018 (Drucksache 19/1811)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Änderung der Geschäftsordnung - Einbringungsrede des Senats bei Gesetzentwürfen und Redezeit des Senats, Kriterien für die Durchführung einer Aktuellen Stunde

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 11. September 2018 (Drucksache [19/1813](#))

Die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 1. Juli 2015 und den Änderungen vom 22. Juli 2015, 23. September 2015, 21. April 2016, 14. Dezember 2016 und 15. Dezember 2016 wird wie folgt geändert:

1. § 30a Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

"Der Antrag muss bis zwei Arbeitstage, 9 Uhr, vor der Sitzung bei der Präsidentin oder beim Präsidenten der Bürgerschaft gestellt werden und den Gegenstand, seinen Bezug zur Landespolitik und den Grund seiner Aktualität bezeichnen. Ein aktueller Anlass ist nur gegeben, wenn sich der Antrag auf Umstände oder Ereignisse bezieht, die nach Feststellung der Tagesordnung durch den Vorstand eingetreten oder bekannt geworden sind. Ist ein Thema in Form eines Antrags, einer Beschlussempfehlung oder einer Großen Anfrage bereits Gegenstand der Beratungen in der Bürgerschaft, ist der Antrag nicht zulässig. Hält die Präsidentin oder der Präsident den Antrag für unzulässig, so entscheidet die Bürgerschaft zu Beginn der Sitzung."

2. § 34 Absatz 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

"Der Senat hat die von ihm eingebrachten Gesetzentwürfe, sofern eine Debatte stattfindet, zu Beginn der Debatte zu begründen."

3. § 36 Absatz 4 wird folgender Satz 2 angefügt:

"§ 34 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend."

4. § 45 Absatz 5 wird folgender Satz 1 vorangestellt:

"Dem Senat stehen die gleichen Redezeitkontingente zur Verfügung wie den Fraktionen."

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

8. Gesetz zur Änderung des § 3 des Gesetzes über die Deputationen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und
Geschäftsordnungsausschusses
vom 11. September 2018
(Drucksache 19/1814)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1101

Ein neuer Impuls für Bremen. Machbarkeitsstudie für medizinische Fakultät in Auftrag geben

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Mai 2018
(Drucksache [19/1657](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 12. Juni 2018

(Drucksache [19/1710](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag und den Änderungsantrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit (federführend) und die staatliche Deputation für

Gesundheit und Verbraucherschutz.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1102

Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der FDP
vom 25. September 2018

(Neufassung der Drucksache [19/1834](#) vom 20. September 2018)

(Drucksache [19/1846](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, einen Entwurf für ein zukunftsfähiges Einwanderungsgesetz unter Berücksichtigung folgender Eckpunkte vorzulegen:

1. Im Einwanderungsgesetz soll ein Punktesystem eingeführt werden, das die Vergabe von Punkten nach Kriterien definiert und gewichtet. Die Zuwanderung könnte damit transparent gesteuert werden und wäre sowohl für Interessierte als auch die Aufnahmegesellschaft nachvollziehbar.
2. Das Einwanderungsgesetz soll durch nachvollziehbare, aktuell zu erhebende Indikatoren Berufe definieren, bei denen der Arbeitskräftebedarf nicht durch inländisches Fachkräftepotenzial gedeckt werden kann. Die Arbeitsmarktsituation in den Ländern und Regionen soll hierbei berücksichtigt werden.
3. Das Einwanderungsgesetz soll sich neben hochqualifizierten Arbeitskräften auch an Arbeitskräfte mit anderen Qualifikationsniveaus richten. Vorhandene Kenntnisse der deutschen Sprache sowie Aufenthaltszeiten in Deutschland sollen honoriert werden.
4. Das Einwanderungsgesetz soll auch für die Kinder von Arbeitsmigranten eine verlässliche Perspektive bieten. Diese Kinder erhalten genauso wie die Arbeitsmigrantinnen und -migranten Zugang zu einem unbefristeten Aufenthaltsrecht unter erleichterten Voraussetzungen und eine realistische Perspektive für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Dabei wird das Erlernen der deutschen Sprache gefördert und gefordert. Die in Deutschland geborenen Kinder erhalten deutlich verbesserte Bedingungen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit.
5. Das Beratungsangebot für Einwanderungswillige muss sowohl durch die deutschen Auslandsvertretungen als auch in Deutschland ausgebaut und die Visaverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden.

6. Die Möglichkeiten des Erwerbs der deutschen Sprache sowohl im Inland als auch im Ausland sollen ausgebaut werden. Hierzu gehört der Ausbau des deutschen Auslandsschulwesens wie auch eine Ausweitung des Kursangebots der Goethe-Institute. Im Inland stehen regulär die Integrationskurse des Bundes für die eingewanderten Familien offen.
7. Die Bildungsmigration von ausländischen Studierenden, Schulabsolventen und Menschen, die sich weiterqualifizieren möchten, muss erleichtert werden. Anstatt hoher Anforderungen, bisher erworbene Leistungen nachzuweisen, bedarf es vereinfachter Regelungen und eines Bürokratieabbaus.
8. Ausbeutung und illegaler Beschäftigung soll durch wirkungsvolle Kontrollen und Informationen zu den Rechten von Arbeitnehmerinnen und -nehmern begegnet werden. Einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Absenkung des Lohnniveaus ist entschlossen entgegenzuwirken.
9. Das neue Einwanderungsgesetz soll auch abgelehnten Asylsuchenden, die bereits in Deutschland leben, einen sogenannten Spurwechsel von asylsuchend zu legaler Einwanderung ermöglichen, soweit die oder der Asylsuchende bereits in den deutschen Arbeitsmarkt integriert ist, oder erfolgreiche Integrationsschritte zum Erwerb schulischer oder beruflicher Abschlüsse nachgewiesen sind. Dabei soll die Ausreise und erneute Immigration unter anderem Status nicht zur Voraussetzung für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland gemacht werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres (federführend) und an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, an die Senatorin für Kinder und Bildung, an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1103

Sparsam, wirkungsarm, männerzentriert? Zur Bilanz der Wirtschaftsförderung nach dem Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) und seiner Arbeitsplatzeffekte 2007 bis 2017

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. März 2018
(Drucksache [19/1567](#))
Dazu

Mitteilung des Senats vom 24. April 2018

(Drucksache [19/1637](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1104

**Gesetz zur Änderung des § 5 des Gesetzes über die
Deputationen**

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 21. August 2018

(Drucksache [19/1777](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis
und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im
Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1105

**Gesetz zur Änderung des Schwangerenberatungsgesetzes –
Öffentliche Informationen über legale
Schwangerschaftsabbrüche ermöglichen**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 17. August 2018

(Neufassung der Drucksache [19/1726](#) vom 19. Juni 2018)

(Drucksache [19/1774](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis
und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im
Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1106

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Eigenbetrieb
Performa Nord Eigenbetrieb des Landes Bremen**

Mitteilung des Senats vom 14. August 2018

(Drucksache [19/1772](#))

2. Lesung

Dazu

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 25. September 2018**

(Drucksache [19/1845](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1107

Die Masche der "falschen Polizisten" endlich bekämpfen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 21. August 2018

(Drucksache [19/1779](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1108

**Bremisches Gesetz zur Weiterentwicklung des Bremischen
Behindertengleichstellungsrechts**

Mitteilung des Senats vom 18. September 2018

(Drucksache [19/1826](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1109

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 31

vom 14. September 2018

(Drucksache [19/1831](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1110

Bessere Bleiberechtsregelung für gut integrierte junge Geflüchtete unter 27 Jahren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 20. September 2018

(Drucksache [19/1835](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich einer schleswig-holsteinischen Bundesratsinitiative zur Verbesserung der Bleiberechtsregelung für gut integrierte Geflüchtete bis zur Vollendung des 27. Lebensjahrs anzuschließen oder eine entsprechende gemeinsame Bundesratsinitiative mit Schleswig-Holstein zu starten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres (federführend) und an die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit und an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

Bürgerschaft (Landtag) am 27. September 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den
Präsidenten des Senats am 28. September 2018)

Nr. 19/1111

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

10. Mutterschutz von Anfang an

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. April 2018
(Drucksache [19/1618](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1112

Fragestunde

1. Dualer Studiengang Soziale Arbeit

Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Arno Gottschalk,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 23. August 2018

2. Nilgänse, Rabenkrähen und Elstern im Bundesland Bremen

Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Björn Tschöpe und
Fraktion der SPD vom 23. August 2018

3. Wie berücksichtigt die Jugendberufsagentur die Zielgruppe
junge Mütter?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Dr. Maike
Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. August
2018

4. Schulgeldfreiheit in den Therapieberufen

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und
Fraktion DIE LINKE vom 23. August 2018

5. Vergabe von Erbbaurecht im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und
Fraktion DIE LINKE vom 23. August 2018

6. Bewerberzahlen an bremischen Hochschulen

Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. August
2018

7. Passersatzpapiere
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. August 2018
8. Wie ist es um die Zukunft des Instandhaltungswerks der Deutschen Bahn in Bremen-Sebaldsbrück bestimmt?
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Marco Lübke, Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. August 2018
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
9. Gibt es Probleme bei der Auszahlung von Erschwerniszulagen?
Anfrage der Abgeordneten Christine Schnittker, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. August 2018
10. Neonazi-Hooligans als Imbissbetreiber am Campus der Uni?
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 27. August 2018
11. Unbearbeitete Verdachtsmeldungen wegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 27. August 2018
12. Tiere auf der Autobahn
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 28. August 2018
13. Das „Knöllchen“ im digitalen Zeitalter
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. August 2018
14. Umgang mit Kinderehen
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 28. August 2018
15. Umsetzung von Altersfeststellungen
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 28. August 2018
16. Finanzgeschäfte des Landes Bremen und der Stadtgemeinden
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 28. August 2018
17. Kirchenasyl in Bremen und Bremerhaven
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 28. August 2018

18. Vorgehen bei Kinderehen

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. August 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

19. Verkehrssicherheit erhöhen – Maßnahmen gegen Autoposer

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. August 2018

Diese Anfrage wurde vom Antragssteller zurückgezogen.

20. Gestohlene und unwirksame Krebsmedikamente – ist auch das Land Bremen betroffen?

Anfrage der Abgeordneten Nima Pirooznia, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. September 2018

21. Keine Nachbesetzung der freien Stelle beim Versicherungsamt – Keine unabhängige Beratung mehr für Rentenversicherte in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 13. September 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1113

Bremer BAMF-Außenstelle wieder eröffnen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 11. September 2018
(Drucksache [19/1812](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1114

**Das parlamentarische Kontrollrecht der Akteneinsicht stärken –
Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien
Hansestadt Bremen**

Bericht und Antrag des nicht ständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der
Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

vom 9. August 2018

(Drucksache [19/1766](#))

3. Lesung

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der
CDU, DIE LINKE und der FDP
vom 20. September 2018**

(Drucksache [19/1836](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in dritter Lesung,
und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer
Mitglieder.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis
und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im
Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1115

Innere Sicherheit erster Schritt: Ehrlichkeit in der Statistik

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 26. April 2018

(Drucksache [19/1651](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1116

Flüchtlingsbeschulung an den Asylstatus koppeln

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 3. Mai 2018

(Drucksache [19/1652](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1117

**Pflege emanzipieren, attraktiver und professioneller machen –
die Einrichtung einer Pflegekammer prüfen!**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. Mai 2018

(Drucksache [19/1678](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration und die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1118

**Das Ausland macht es besser – Islam- und Asylgesetzgebung
anpassen**

Antrag des Abgeordneten Tassis (AfD)
vom 29. Mai 2018

(Drucksache [19/1690](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1119

Sicherheit in Bremen nicht durch ausländische Konflikte und importierten Extremismus gefährden

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 29. Mai 2018

(Drucksache [19/1691](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 10. Juli 2018

(Drucksache [19/1750](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1120

Reichtum gerechter verteilen - Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder erheben

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 30. Mai 2017

(Drucksache [19/1081](#))

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1121

Reichtum gerechter verteilen - Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder erheben

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 5. Juni 2018

(Drucksache [19/1694](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

Die Wiedereinführung der Vermögensteuer ist zur Verringerung der finanziellen Ungleichheit der Bevölkerung Deutschlands geboten und zur auskömmlichen Finanzierung der Bundesländer dringend notwendig. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer!

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. Im Bundesrat gemeinsam mit anderen Bundesländern eine Initiative zur Wiedereinführung der Vermögensteuer zu starten

beziehungsweise existierende Initiativen tatkräftig zu unterstützen.

2. Der Bürgerschaft (Landtag) binnen sechs Monaten über die erfolgten Schritte Bericht zu erstatten.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1122

Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien Hansestadt Bremen. Deutsche Kultur als Leitbild zur Integration in die Bremische Landesverfassung

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 7. Juni 2018

(Drucksache [19/1704](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1123

Kopftuchverbot an Grundschulen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 7. Juni 2018

(Drucksache [19/1705](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1124

Sanierungsstau auf Bremens Straßen gezielt abbauen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 12. Juni 2018

(Drucksache [19/1709](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1125

**Hospizbedarfe in Bremen ermitteln – Versorgung der
Anspruchsberechtigten stärken!**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 19. September 2017

(Drucksache [19/1248](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1126

**Hospizbedarfe in Bremen ermitteln – Versorgung der
Anspruchsberechtigten stärken!**

Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration

vom 25. Juni 2018

(Drucksache [19/1731](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen
Deputation für Soziales, Jugend und Integration Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1127

Wie beurteilt der Senat die derzeitige Situation im Strafvollzug in Bremen?

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Juni 2018

(Drucksache [19/1736](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018

(Drucksache [19/1757](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1128

Umgang mit Drogen im Strafvollzug

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 26. Juni 2018

(Drucksache [19/1737](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018

(Drucksache [19/1758](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1129

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte

Mitteilung des Senats vom 5. Juni 2018

(Drucksache [19/1697](#))

2. Zur Situation der Lehrkräfte für Inklusive Pädagogik/Sonderpädagogik an den Schulen in Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 28. Juni 2018
(Drucksache 19/1738)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 7. August 2018
(Drucksache 19/1764)

3. Insekten schützen – Pestizide verbieten!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 28. Juni 2018
(Drucksache 19/1739)
4. Berufs- und Studienvorbereitung an Bremer Schulen verbessern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Juli 2018
(Drucksache 19/1753)
5. Konzept „Beitragsfreiheit in Kindergartengruppen im Land Bremen“
Mitteilung des Senats vom 7. August 2018
(Drucksache 19/1763)
6. Recht auf Schulbesuch über das 18. Lebensjahr hinaus
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache 19/1450)
7. Recht auf Schulbesuch über das 18. Lebensjahr hinaus
Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung
vom 7. August 2018
(Drucksache 19/1765)
8. Anbieterkreis für Unterstützungsleistungen im Alltag ausweiten –
Pflegebedürftige und Angehörige entlasten!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. August 2018
(Drucksache 19/1767)
9. Feststellungen und Bewertungen des staatlichen
Controllingausschusses zur Veräußerung der bremischen Anteile
an der Bremer Landesbank
Bericht des staatlichen Controllingausschusses
vom 20. August 2018
(Drucksache 19/1776)
10. Bremisches Gesetz zur Pflege und zum Schutz der
Kulturdenkmäler (Bremisches Denkmalschutzgesetz -
BremDSchG)
Mitteilung des Senats vom 31. Juli 2018
(Drucksache 19/1754)
2. Lesung

11. Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. August 2018
(Drucksache 19/1778)
Dazu
Mitteilung des Senats vom 11. September 2018
(Drucksache 19/1818)
12. Bremen braucht einen Masterplan Dienstleistungen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. August 2018
(Drucksache 19/1780)
13. Existenzminimum endlich fair und realistisch berechnen!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2018
(Drucksache 19/1790)
14. Im Kampf gegen Kindesmissbrauch „Vertrauensprüfungen“
zulassen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. August 2018
(Drucksache 19/1798)
15. Die soziale Säule der Europäischen Union stärken!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. August 2018
(Drucksache 19/1799)
16. Soziale Ungleichheit abbauen – Wirkung von Tarifverträgen
stärken, Allgemeinverbindlichkeitserklärung erleichtern!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 28. August 2018
(Drucksache 19/1804)
17. Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Juni 2017
(Drucksache 19/1131)
18. Einsetzung einer Sonderkommission Brandschutz
19. Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 3. September 2018
(Drucksache 19/1807)
20. Sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst abschaffen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 4. September 2018
(Drucksache 19/1810)

21. Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft -
kürzere Debatten durch Einführung der Option „5 plus 2“

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Januar 2017
(Drucksache 19/910)

22. Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft -
Kürzere Debatten durch Einführung der Option „5 plus 2“

Bericht und Antrag des Verfassungs- und
Geschäftsordnungsausschusses
vom 11. September 2018
(Drucksache 19/1815)

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

- 4399.) STRAßENBENENNUNG
Merwa-EI-Sherbini-Platz
(Vorlage 2396/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2396/19 die vorgeschlagene
Straßenbenennung.

- 4400.) STRAßENBENENNUNG
Oltmann-Duit-Weg
(Vorlage 2397/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau
und Verkehr vom 01.10.2018)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt,
Bau und Verkehr vom 1. Oktober 2018 die vorgeschlagene
Straßenbenennung.

- 4401.) Entwurf der "Erste Änderung der Kostenverordnung für das amtliche Vermessungswesen und die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte nach dem Baugesetzbuch (Änd.VermWertKostV)"
(Vorlage 2398/19 und Neufassung der Anlage 1 des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 01.10.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt auf der Grundlage des § 3 Abs. 1 des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes vom 16. Juli 1979 (Brem. GBl. S. 279 – 203-b-1), das zuletzt durch das Gesetz vom 26. September 2017 (Brem. GBl. S. 394) geändert worden ist, die als Anlage 1 beigefügte 1. Änd.VermWertKostV sowie deren Ausfertigung und Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die notwendige Zustimmung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses in dessen Sitzung am 2. November 2018 einzuholen.
3. Der Senat bittet im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/21 um erneute Berichterstattung.
4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „D. Finanzielle...“ im zweiten Absatz das Wort „demnächst“ ersatzlos gestrichen wird.

- 4402.) "Fit und aktiv auch im Alter. Seniorensport im Land Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2399/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 01.10.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 1. Oktober 2018 der

schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4403.) "Nachfrage: Wie entwickelt sich die Ambulantisierung stationärer Wohnangebote in der Behindertenhilfe?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2400/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 28.09.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 28. September 2018 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Die Antwort 5.1 erhält die folgende Fassung:

„Grundsätzlich werden in keinem Umwandlungsprojekt Personen, die in dem bisherigen stationären Angebot gelebt haben, in ein anderes stationäres Angebot außerhalb Bremens vermittelt. Auf Wunsch der Leistungsberechtigten kann in Einzelfällen ein Umzug in ein anderes Bundesland erfolgen.“

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4404.) "Baden in Flüssen und Seen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2401/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales,
Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 01.10.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 1. Oktober 2018 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4405.) Einführung von Gebühren für die Bearbeitung von Abfallbegleitscheinen
(Vorlage 2402/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2402/19 der Einführung einer Gebühr für Abfallbegleitscheine zu.
2. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, einen Entwurf zur Anpassung der Kostenverordnung der Umweltverwaltung zeitgerecht zur Zustimmung vorzulegen.
3. Der Senat stimmt der dargestellten Refinanzierung des Personals für die Bearbeitung von Begleitscheinen und einer entsprechenden Zweckbindung der Einnahmen aus der Begleitscheingebühr zu. Er bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Fachdeputation mit der Vorlage zu befassen sowie über die Senatorin für Finanzen dem Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen.

4. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr der Umweltdeputation in 2020 einen Bericht über die Einführung des Begleitscheinverfahrens vorzulegen.

4406.) "Gibt es Lücken beim Krankenversicherungsschutz für internationale Studentinnen und Studenten?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2403/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 28.09.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass der Text unter „D. Finanzielle...“ wie folgt gefasst wird:

„Keine unmittelbaren finanzielle und personalwirtschaftlichen Auswirkungen durch die Beantwortung dieser Anfrage. Soweit geschlechtsspezifische Daten vorhanden sind, wurden diese einbezogen.“
2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 28. September 2018 die schriftliche Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
3. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4407.) "Entwicklung der Bremischen Bädergesellschaften"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2404/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Soziales,
Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 28.09.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass der Text unter „D. Finanzielle...“ am Ende wie folgt ergänzt wird:

„Genderbezogene Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen nicht vor.“

2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 28. September 2018 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- In der Antwort auf Frage 2 werden im dritten Absatz im ersten Satz die Worte „Obwohl diesbezüglich keine gesicherten abschließenden Kenntnisse vorliegen sieht“ gestrichen und der Satz beginnt wie folgt: „Der Senat sieht die Notwendigkeit...“
- In der Antwort auf Frage 6 werden in der Tabelle die Werte „100,60%“ und „100,89%“ jeweils in „100%“ geändert.

3. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4408.) Ausschreibung, Auswahl und Einführung eines neuen IT-Fachverfahrens SGB IX (Nachfolge ARCUSgraf)
(Vorlage 2405/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 25.09.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt der Durchführung eines Projekts durch das Amt für Versorgung und Integration Bremen zur Ausschreibung, Auswahl und Einführung eines neuen IT-Fachverfahrens SGB IX (Nachfolge ARCUSgraf) zu.
2. Der Senat stimmt der Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2019 in Höhe von 213 Tsd. € für die Beschaffung und Einführung eines IT-Fachverfahrens zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die erforderlichen Beschlüsse über die Senatorin für Finanzen, vorbehaltlich der Zustimmung der Fachdeputation, beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

- 4409.) "Bremen Digital 2019-2021"
Die Digitalisierungsinitiative zur Stärkung der Innovationskraft der Wirtschaft im Land Bremen
(Vorlage 2406/19 und Neufassung der Vorlage sowie eine Austauschseite des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 01.10.2018)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage und unter Berücksichtigung der Austauschseite des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 1. Oktober 2018 der Initiative „Bremen Digital 2019-2021“ zu und beschließt die Umsetzung mit einem Mittelvolumen von 1.995.000 €.

2. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen für die Initiative „Bremen Digital 2019-2021“ und den sich daraus ergebenden Vorbelastungen für die Haushaltsjahre 2019-2021 i.H.v. insgesamt 1.995.000 € zu. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Maßnahme prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt Kenntnis, dass dies, sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen, den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.

3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

4410.) "Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes ein Jahr nach dem Inkrafttreten"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 2407/19)

Beschluss:

Der Senat setzt die Beratung bis zum 16. Oktober 2018 aus.